

„Corona in den USA – Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies“

6. August 2020

„Polarisierung in der Pandemie – Gesellschaftliche Spaltung trotz nationaler Krise?“

Florian Böller, TU Kaiserslautern

Anja Schüler: Hallo und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Centers for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler. Dass die USA gesellschaftlich und politisch ein gespaltenes Land sind, ist nicht unbedingt eine Neuigkeit. Aber es scheint, dass diese Spaltung seit Beginn der Corona-Krise noch deutlicher zutage tritt. Im Kampf gegen die Pandemie stehen nicht nur Republikaner gegen Demokraten, sondern auch Stadt gegen Land, Arm gegen Reich, Maskenträger gegen Maskenverweigerer. In dieser Ausgabe des HCA-Podcasts werfen wir einen genaueren Blick auf die Polarisierung. Mein Gast ist der Politikwissenschaftler Florian Böller, der bis letztes Jahr als Post-Doc am DFG-Graduiertenkolleg „Autorität und Vertrauen“ am HCA war und nun Junior-Professor für transatlantische Beziehungen an der TU Kaiserslautern ist. Willkommen zum HCA-Podcast! Vielleicht kannst Du uns zuerst sagen, was wir meinen, wenn wir von Polarisierung sprechen? Woher wissen wir, dass diese in den letzten Jahren zugenommen hat?

Florian Böller: Um es als Definition festzulegen, wäre es das ideologische Auseinanderdriften von politischen und gesellschaftlichen Gruppen. Polarisierung bedeutet dann auch die Schwächung von moderaten Gruppen und die gleichzeitige Stärkung von entgegengesetzten Positionen im politischen Aushandlungsprozess, also der Extreme. Das ist ein Phänomen, was wir in den USA schon seit den 1960er Jahren beobachten, allerdings kann man sagen, dass es erst in den letzten 25 Jahren zu einem richtigen Problem und zu einem der prägendsten Phänomene in der amerikanischen Innenpolitik geworden ist. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, es in eine historische Dimension zu setzen: Natürlich ist die USA seit jeher ein pluralistisches Land mit einer pluralistischen Gesellschaft. Das haben schon die „founding fathers“ akzeptiert, sie haben es sogar gutgeheißen, indem sie gesagt haben: „Diese unterschiedlichen „sections“, wie es in den „federal papers“ zum Beispiel heißt, die sollen sich mit ihren jeweiligen Interessen im politischen und demokratischen Aushandlungsprozess gegenüberstehen für das Wohl ihres Landes, um damit eine Position zu finden, die dem Gemeinwohl zuträglich ist. Aber wenn dann Polarisierung auftritt, dann ist es eine Gefahr für die Demokratie, schwächt diese insgesamt. Denn was die „founding fathers“ aufgebaut und konzipiert hatten, beruht ja auf den „checks and balances“ –

Macht und Gegenmacht. Wenn aber die Kompromissbereitschaft durch eine steigende Polarisierung fehlt, dann wird das System dysfunktional. Dann funktionieren die Institutionen nicht, dann wird die Problemlösungsfähigkeit insgesamt geschwächt. Genau das konnten wir in den letzten Jahrzehnten zunehmend beobachten.

Man kann es zum Beispiel statistisch festmachen, etwa an den ideologischen Mittelwerten von Demokraten und Republikanern im Kongress, also im Repräsentantenhaus und im Senat. Ein zentraler Befund dabei ist, dass es noch in den 1950er, 1960er Jahren eine deutliche Anzahl an Überschneidungen im Kongress gab. Das heißt, es gab Demokraten, die konservativer als Republikaner waren, und es gab ebenso Republikaner, die eine moderatere Position als Demokraten vertraten, insbesondere Südstaaten-Demokraten, die sehr konservativ waren. Und das hat sich gewandelt, blickt man auf den letzten Kongress, von dem wir Daten haben, die Endphase der Obama-Präsidentschaft. Da war jeder Demokrat progressiver als alle Republikaner, und jeder Republikaner konservativer als alle Demokraten. Die ideologische Mitte fehlt komplett, die Blöcke sind in sich homogener geworden und weiter auseinander gedriftet. Man kann das nicht nur statistisch belegen, sondern auch an konkreten Politikfeldern, etwa die „Gun-Control“, also die Frage des Waffenrechts, Zuwanderungspolitik, aber auch Gesundheitspolitik. Da gibt es ja keine großen strukturellen Reformen in den letzten Jahren. Es gibt auch immer wieder häufiger „Government-Shutdowns“, bei denen sich die Parteien auf kein Budget mehr im Bundeshaushalt einigen können. All das sind Beispiele, dass diese Dysfunktionalität zunimmt, und das beschädigt dann auch insgesamt das Vertrauen in die politischen Institutionen.

Anja Schüler: Du hast nun die politische Polarisierung beschrieben, aber es gibt ja auch eine gesellschaftliche. Wie hängen diese beiden denn zusammen, und welche Unterschiede gibt es da?

Florian Böller: Das ist eine Frage in der Forschung, die von den Politikwissenschaftler*innen diskutiert und kontrovers betrachtet wird; die Frage also, ob die Polarisierung nicht einfach nur in Washington aufgebauscht wird und quasi nicht von gesellschaftlichen vorhandenen Spaltungen repräsentiert wird. Die Forschung zeigt sich eher skeptisch, was eine breite Polarisierung der Gesellschaft an sich betrifft. Aber bei den politisch Aktiven und bei denen, die sich in den Parteien engagieren, kann man ein Auseinanderdriften der ideologischen Positionen erkennen. Wenn man in der allgemeinen Bevölkerung die Frage stellt, wo sie sich auf einem Spektrum von links nach rechts verortet, dann ist es immer noch so, dass sich viele eher in der Mitte verorten. Sie sagen, sie sind eher „middle of the road“, sie sind nicht sehr

konservativ oder progressiv eingestellt. Aber wenn wir dieselben Fragen denen stellen, die sich klar einer Partei zuordnen, dann sehen wir tatsächlich eine Verschiebung, dann sehen wir, dass die Ränder stärker werden. Dann sehen wir, dass sich diejenigen, die sich als Republikaner identifizieren, auch tatsächlich als stark konservativ einschätzen, und dass die, die bei den Demokraten aktiv sind, sich eher als links und progressiv einschätzen im amerikanischen Kontext. Diese Effekte werden durch das Wahlsystem verstärkt, insbesondere das System der „primaries“, also der Vorwahlen, weil sich da natürlich eher die politisch Aktiven engagieren, insbesondere bei den geschlossenen „primaries“, wo ja nur Parteimitglieder mitmachen dürfen. Das bedeutet allerdings, dass umso extremere Kandidaten ausgewählt werden, die dann in den Hauptwahlen gegeneinander antreten. Dieser Effekt spiegelt sich wiederum in Washington wieder, wenn die Repräsentanten und Senatoren tatsächlich ins Kapitol einziehen. Es gibt auch weitere strukturelle Effekte, etwa das Mediensystem, oder auch der gesamte Kontext der neuen Medien – „Social Media“ –, wo Filterblasen entstehen und entstanden sind, die diese gesellschaftliche Polarisierung noch weiter befeuern und verschärfen.

Anja Schüler: Jetzt könnte man sich ja zum Beispiel vorstellen, dass in einer nationalen Krise wie der Corona-Pandemie diese parteipolitischen Gräben zumindest überbrückt werden könnten, um die Pandemie zu bekämpfen. Ist das der Fall?

Florian Böller: Kurze Antwort: Eher nein. Natürlich ist es so, dass man erwarten würde, dass bei nationalen Krisen ein Zusammenrücken passiert. 9/11 ist das Paradebeispiel für so einen „Rallyeffekt“. Nach den Angriffen auf Washington und New York war diese Reaktion zu beobachten – die Nation hat sich hinter den Präsidenten gestellt, und der „Rally-around-the-flag-Effekt“ setzte ein. Ein Stück weit hat auch eine Welle von Patriotismus das Land erfasst, weswegen die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen auch breite Unterstützung fanden. So wurde etwa der Beschluss des Kampf-Einsatzes gegen Afghanistan vom Kongress fast einstimmig verabschiedet.

Aber das ist kein automatischer Effekt. Wenn wir das mit anderen Krisen-Situationen vergleichen, gab es auch dort keinen Rally-Effekt. Etwa 2005, beim Hurrikan Katrina. Das war auch eine nationale Katastrophe, auf die [Präsident George W.] Bush in den Augen der Öffentlichkeit zu spät reagiert hat und bei der dann kein solcher Rallyeffekt einsetzte. Und was wir nun in der Krise im Moment beobachten, ist eine weitere, sich fortsetzende Polarisierung – auch in der Betrachtung, in der Wahrnehmung, wie diese Krise bewertet wird in puncto Bedrohlichkeit. Es gibt eine Umfrage der Statistik-Website 538, der zufolge 76%

der Demokraten im Juni gesagt haben, dass das Schlimmste der Krise noch bevorstünde. Nur 38% der Republikaner waren dieser Meinung. Angesichts der Pandemie sorgten sich 64% der Demokraten davor, schwer zu erkranken und ins Krankenhaus zu müssen. Gleichzeitig waren es nur 35% der Republikaner, die das befürchteten. Und das ist schon erstaunlich, da das ja Dinge sind, die direkt mit der Pandemie zu tun haben. Es ist eine Gesundheitssituation, die nicht schon von sich aus politisiert sein dürfte.

Aber hier erkennt man eine klare parteipolitische Tendenz. Vielleicht weniger überraschend ist diese gleichzeitige geteilte Wahrnehmung mit Blick auf die Bewertung des US-Präsidenten und seines Krisenmanagements: Da sagen 78 Prozent der Republikaner derzeit, dass sie es gut finden, wie Donald Trump die Krise managt. Nur acht Prozent sind es bei den Demokraten, 32 Prozent bei den Unabhängigen, bei den „Independents“. Also auch hier haben wir eine parteipolitisch polarisierte Wahrnehmung des Krisenmanagements.

Anja Schüler: Die Polarisierung ist sicherlich auch ein Grund dafür, warum das zweite Hilfspaket im Kongress aktuell nicht vorankommt. Aber da Du den Präsidenten schon erwähnst – ist Donald Trump denn eher ein Symptom oder eine Ursache der Polarisierung?

Florian Böller: Ganz klar eher ein Symptom. Auf der anderen Seite wird dieser Polarisierungstrend natürlich durch seine Rhetorik und seinen Populismus weiter verschärft. Ganz klar muss man sagen, dass auch Barack Obama als Präsident sehr polarisiert wahrgenommen wurde, große Unterstützung innerhalb der demokratischen Anhängerschaft hatte, aber von Republikanern mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Das hat also schon vor Trump existiert. Im Prinzip können wir als einen Startpunkt der „Hyper-Polarisierung“, von der auch manchmal gesprochen wird, die „Republican Revolution“ Mitte der 1990er Jahre festmachen, als [Haus] Speaker Newt Gingrich ein Stück weit die Republikaner vereint hat mit einer gemeinsamen Wahlkampfplattform für die Zwischenwahlen. Damit ist er dann auch angetreten, hat die Zwischenwahlen gewonnen und damit fundamentale Opposition gegen Bill Clinton betrieben. Ein bisschen kann man das als Startpunkt dieses modernen Polarisierungstrends gelten lassen. Aber der setzte sich eben fort, und auch unter Bush, gerade in der Endphase, haben die Demokraten heftigen Widerstand gegen alle Bereiche seiner Politik, Innen- wie Außenpolitik, geleistet. Auch unter Obama gab es kaum überparteiliche Unterstützung für zentrale Politikprojekte, etwa das Stimuluspaket nach der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 oder die Gesundheitsreform. All das waren Projekte, bei denen Obama allein auf seine Partei zählen konnte, nicht aber auf die Republikaner. Und insofern ist Polarisierung ein Phänomen, das die USA schon vor Trump kennzeichnete. Manche sagen, dass erst diese

Polarisierung Trump überhaupt ermöglicht. Denn es gab einen großen Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der Institutionen, der dazu geführt hat, dass ein Außenseiter wie Trump erst eine Chance hatte, auch als Präsident gewählt zu werden. Denn viele sagten „Naja, vielleicht sollten wir es versuchen mit jemandem, der nicht aus Washington kommt, der kein Politiker ist“ – so zumindest das Image von Donald Trump – „und der dann diese Polarisierung durchbrechen kann“. Aber das ist eindeutig nicht der Fall.

Anja Schüler: Genau. Du hast gesagt, dass Trumps populistische Rhetorik die Polarisierung noch befeuert. Der 45. Präsident trägt ja aber noch auf andere Weise zur Polarisierung in der Corona-Krise bei.

Florian Böller: Ganz genau. Vielleicht gehen wir auch noch mal da einen Schritt zurück und vergleichen mit anderen Situationen: Eigentlich erwarten wir von Präsidenten, dass sie bei Krisen und auch bei Katastrophen an die Einheit der Nation appellieren, und dass sie diese symbolisch als Repräsentant darstellen, sozusagen als „Healer-in-Chief“. Etwa Barack Obama: ein berühmtes Beispiel ist seine Trauerrede nach dem Amoklauf von Charleston, wo er die Trauergemeinde einstimmt, „Amazing Grace“ zu singen und somit als „Healer-in-Chief“ auftritt. Das ist aber eine Rolle, die nicht nur auf demokratische Präsidenten beschränkt ist. Erinnern wir uns an Ronald Reagan nach der „Challenger“-Katastrophe 1986, als ein Spaceshuttle nach dem Start explodierte. Auch er trat als Präsident auf, der versuchte, Trost zu spenden und ein Präsident für alle Amerikaner zu sein. Diese Rolle als „Healer-in-Chief“ glaubhaft auszuüben gelingt eigentlich nur, wenn man erst einmal anerkennt, dass es überhaupt eine Krise gibt. Da scheitert es schon beim gegenwärtigen Präsidenten Donald Trump. Schon seit Monaten versucht er ja, diese Krise kleinzureden. Er hat am Anfang davon gesprochen, dass die Krise quasi überwunden ist, hat das Corona-Virus verniedlicht und verharmlost und hat auch immer wieder versucht, die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, beispielsweise China oder der Weltgesundheitsorganisation. Selbst jetzt, im Sommer, mitten im erneuten Aufflammen der Krise, versucht er weiterhin davon zu sprechen, dass die Krise im Griff sei, dass aktuell nur ein erhöhtes Testaufkommen herrscht, und dass es ohne die erhöhte Testung gar nicht so viele Fälle gebe. Dabei ignoriert er das Ausmaß der Krise auf die Anzahl der Toten, die ja weiter steigt – und er erkennt somit nicht an, dass es eine Krise gibt. Ohne diese Anerkennung gelingt auch die Rolle als ein „Healer-in-Chief“ nicht. Deshalb kann man davon sprechen, dass Trump diese Polarisierung weiter verschärft, indem er eben diese Krise, eigentlich eine Gesundheits-Krise, politisiert. Das hat er von Beginn betrieben. Ganz am Anfang ging es ja auch um die Frage, wie den besonders

betroffenen Bundesstaaten geholfen werden kann, und da richtete er sich mit seinen Tweets gezielt gegen Gouverneure der Demokratischen Partei und kritisierte diese für ihre Coronapolitik, während er andere Gouverneure eher in Schutz nahm, die von der Republikanischen Partei gestellt wurde. Also auch da hat er schon dieses sachorientierte Krisenmanagement politisiert bzw. parteipolitisch aufgeladen.

Anja Schüler: Wenig sachorientiert waren ja auch seine Attacken auf Anthony Fauci, den Seuchenexperten.

Florian Böller: Ja, und das ist auch erstaunlich. Denn Fauci und auch seine Institution, das Center for Disease Control, galten in der Öffentlichkeit eigentlich – aus Sicht von Anhängern beider Parteien – als eine wissenschaftlich geleitete und sachorientierte Institution. Indem Trump diese Personen angreift, beschädigt er natürlich die dahinterstehenden Institutionen und raubt der Gesellschaft ein Stück weit Instanzen, auf die sich alle beziehen können und von denen Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Systems ausgeht.

Anja Schüler: Darüber hinaus versucht Trump, natürlich auch die Wahlen zu delegitimieren.

Florian Böller: Richtig, das ist ebenso erstaunlich. Man kann natürlich sagen, dass das aus der Furcht vor einer Wahlniederlage gespeist ist. Andererseits ist ja gerade der Versuch, Briefwahlen und „absentee-ballots“ vorzubereiten, eine Reaktion auf die Krise und auf die Pandemie. Man will den Menschen ja die Möglichkeit geben, trotz dieser Pandemie sicher zu wählen – ohne Gesundheitsrisiken. Der Ausbau von Briefwahl also wäre eine angemessene Reaktion auf diese Gesundheitskrise. Aber auch hier versucht er, in Zweifel zu ziehen – im Übrigen ohne Beweise dafür vorzulegen –, dass es hier nicht zu Wahlbetrug kommen könnte und delegitimiert damit die Institution der Wahl, den Kern der Demokratie in den USA. Das ist erstaunlich, das ist ein Tabubruch, ebenso wie Idee, den Wahltermin zu verschieben, wozu er ja überhaupt nicht die Macht hat, weil das der Kongress entscheidet. Aber er beschädigt somit die Wahl. Im Übrigen ist das auch gar nicht zuträglich für seine Wahlchancen, weil wir davon ausgehen können, dass eher ältere Wähler*innen das Instrument der Briefwahl nutzen und diese stärker bei den Republikanern vertreten sind, sodass er sich möglicherweise ins eigene Fleisch schneidet.

Anja Schüler: Trump eskaliert ja auch abseits von Corona. Wenn wir daran denken, was wir letzte Woche besprochen haben, also den Einsatz von Bundesbeamten in Städten, in denen die Proteste für #BlackLivesMatter etwas eskaliert sind. Oder vielleicht hat Trump sie auch erst eskalieren lassen?

Florian Böller: Ja, in der Tat. Auch hier – seine Medienpräsenz, seine Tweets ... man erinnert sich hier an das unsägliche Zitat „When the looting starts, the shooting starts“. Das hat ja auch eine klar rassistische Konnotation, indem er damit eine härtere Gangart gefordert hat und sie durch die Entsendung eigener Bundesbeamter weiter befördert. Gegen Demonstranten greifen die Bundesbeamten ja hart durch. Gerade gestern ist ein Bericht von Amnesty International veröffentlicht worden, der das Vorgehen gegen friedliche Demonstranten in den USA kritisiert. Das sind eigentlich Berichte, die wir von autoritär geführten Regimes erwarten würden, wo Proteste mit harter Hand unterdrückt werden. Und wenn nun solche Tendenzen in den USA, in der ältesten existierenden Demokratie auftreten, dann ist es schon erstaunlich und ein Stück weit auch der Politik und der Rhetorik des Präsidenten verantwortlich zu machen.

Anja Schüler: Könnte sich seine Strategie denn als erfolgreich herausstellen?

Florian Böller: Oftmals wird ja gesagt, dass sich seine Strategie an der von Richard Nixon orientiert, als in den 1960er Jahren auch schon Rassenunruhen und Proteste gegen die Bürgerrechtssituation auftraten. Der Unterschied ist aber, dass Nixon damals aus der Opposition heraus regiert hat. Trump hingegen ist derjenige, der das Ganze insgesamt als Präsident zu verantworten hat. Insofern ist es fraglich, ob die Strategie des „Law-and-order“ tatsächlich so aufgehen kann. Ich glaube, dass es ein Versuch ist, die eigenen Anhänger zu mobilisieren, aber gleichzeitig erreicht er damit eine weitere Mobilisierung der demokratischen Anhängerschaft. Das ist für die demokratische Partei im Wahlkampf eher förderlich.

Auf der anderen Seite ist ein Aspekt seiner Rhetorik möglicherweise erfolgsversprechender, und das ist das „Blame shifting“. Er versucht, das „Blame shifting“ an China. Von Anfang sprach er ja vom „Chinese virus“ und versuchte klarzumachen, dass es sich um etwas handelt, wofür China verantwortlich ist. Die Administration hat dann auch Gerüchte verbreitet, dass die Verbreitung des Virus absichtlich geschehen ist und keinen natürlichen Ursprung hatte. Trump versucht, sich als „tough on China“ zu präsentieren, eine harte Linie zu fahren, sowohl was die Corona-Krise als auch andere Fragen in der Handelspolitik betrifft. Oder der Umgang mit chinesischen Unternehmen wie Huawei, und aktuell die Frage um das Verbot der App TikTok. All das könnte durchaus positiv ankommen bei der Wählerschaft in den USA, denn die Wahrnehmung Chinas ist in den letzten Jahren stark negativ gewesen und hat sich auch weiterhin mehr negativ als positiv entwickelt. Hier könnte Trump versuchen, den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden als zu „soft on China“ darzustellen und

dabei auf die Politik der Vorgängerregierung unter Obama zu verweisen, dort war Biden ja Vizepräsident. Mit diesem Versuch des „Blame Shiftings“ gegenüber China könnte Trump versuchen, Wählerstimmen zu fangen.

Anja Schüler: Biden scheint ja auf eine Wahlkampf-Strategie zu setzen, die die politische Mitte ansprechen will. Kann das denn in dieser politischen und gesellschaftlichen Polarisierung, über die wir ja jetzt lange gesprochen haben, überhaupt erfolgreich sein?

Florian Böller: Im Moment, wenn man den Umfragen glaubt, dann würde ich sagen, dass Bidens Strategie erfolgsversprechend ist. Im Übrigen ist ja eine Strategie, sich fast zurückzuhalten, gezwungenermaßen natürlich. Der Präsident befindet sich in einer Krisensituation, da verfügt er über ganz andere Mittel der Medienpräsenz, während Joe Biden quasi in seinem Keller zu Hause sitzt und relativ wenig tun kann außer Interviews zu geben. Gleichzeitig glaube ich aber, dass Biden gezielt versucht, sich als denjenigen darzustellen, der die Nation am Ende doch versöhnen kann und somit extremere Situationen zurückweist, die ja auch in seiner Partei geäußert werden. Das betrifft zum Beispiel die Forderung nach einem „De-Funding“ der Polizei, also der Mittelkürzung für die Polizei, die von progressiveren Kräften der Demokratischen Partei gefordert wird. Das hat Joe Biden immer wieder zurückgewiesen. Aber an dieser Stelle – wenn wir häufig über die Republikanische Partei sprechen und darüber, wie extrem sie geworden ist unter Trump – sollten wir nicht vergessen, dass die Polarisierung zwei Seiten hat. Auch die Demokraten bewegen sich stärker nach links. Wenn man das statistisch mit Blick auf die Mittelwerte der Abstimmung im Kongress betrachtet, dann ist die Verschiebung auf der Republikanischen Seite deutlicher als auf der Demokratischen. Nichtsdestotrotz: Auch hier sahen im Vorwahlkampf, dass die Ränder der Demokratischen Partei stärker geworden sind – mit Bernie Sanders, der kurz davor war, die Nominierung zu gewinnen, oder auch mit jüngeren Kräften im Kongress, die nach 2018 Einzug gehalten haben und die eine stark progressive Politik verfolgen. Da versucht Joe Biden, sich abzugrenzen, mehr eine Politik der Mitte zu fahren – und die könnte am Ende auch erfolgreich sein.

Anja Schüler: Diese Polarisierung wird im Augenblick ja auch beim Streit um Coronahilfen im Kongress deutlich. Stellen wir uns für einen Augenblick die USA vor der Pandemie vor. Würden wir eine solche Polarisierung denn auch ohne die Coronakrise sehen?

Florian Böller: Ja, wahrscheinlich schon. Denn wenn man einmal zurückblickt auf diese Amtszeit von Donald Trump, also diese dreieinhalb Jahre [vor der Pandemie], sahen wir

eigentlich nur ganz selten, dass sich Kräfte seiner eigenen Partei gegen ihn gestellt haben. Das prominenteste Beispiel hier ist das Impeachment-Verfahren – am Ende dieser kontroversen Auseinandersetzung gab es im Repräsentantenhaus keinen einzigen Republikaner, der gegen seinen eigenen Präsidenten gestimmt hat. Im Senat war es nur eine einzige Stimme, nämlich Mitt Romney, der für das Impeachment und damit gegen Präsident Trump votiert hat. Auch hier kann man wieder ein paar Daten anführen, die zeigen, dass das nicht nur ein Eliten-Phänomen ist, sondern auf einer breiten Unterstützung der Basis und der Anhängerschaft der Republikaner insgesamt beruht. Denn 91% derjenigen, die sich als Republikaner identifizieren, befürworten Trumps Amtsführung momentan, für den August 2020, während es nur 4% der Demokraten tun. Diese Werte sind eigentlich konstant für Trumps gesamte bisherige Amtszeit. Um noch eine weitere Zahl zu nennen – in seinem ersten Amtsjahr hatte Trump im Kongress eine Durchsetzungsquote von 98.7%. Das heißt, dass Trump in 98.7% der Abstimmungen, in denen er eine Position bezogen hat, tatsächlich auch das bekommen hat, was er wollte. Das kann man nur damit erklären, dass in den ersten beiden Amtsjahren ein „unified government“ vorgeherrscht hat: Trump hatte Mehrheiten sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Nur in dieser Phase konnte er auch einige seiner wichtigsten Erfolge erzielen, also die Steuerreform oder die Setzung von sehr konservativen Richterposten im Supreme Court. Das ging nur aufgrund dieses „unified governments“. Nach den Zwischenwahlen, als dann im Repräsentantenhaus die Demokratische Mehrheit eingezogen ist, ist diese Durchsetzungsquote massiv gesunken.

Es ist hier ganz klar ein Trend erkennbar, nämlich dass Gesetze nur dann verabschiedet werden können, wenn der Präsident eigene Mehrheiten hat. Eine überparteiliche Zustimmung zu Gesetzesinitiativen, die war auch vor Corona schon bei Trump nicht erkennbar. Aber es ist ein Trend, der sich von Obama aus fortsetzt. Bei Obama ist es nämlich ähnlich: Auch er konnte auch nur in den ersten beiden Jahren, als er ein „unified government“ vorfand, wichtige Gesetze verabschieden. Danach, in der Phase des „divided government“, hat in puncto Gesetze nichts mehr funktioniert; er musste sich dann auf andere administrative Maßnahmen – „executive order“ etwa – beschränken. Die wurden natürlich schnell von Trump rückgängig gemacht.

Anja Schüler: Kann man denn *irgendwo* überhaupt noch eine Zusammenarbeit der Parteien feststellen?

Florian Böller: Ja, die Außenpolitik ist traditionell ein Bereich, wo Polarisierung weniger stark vorhanden ist. Getreu dem Motto: “Politics must stop at the water’s edge”. An den Ufern

des Landes hört die Politik auf und man stellt sich in überparteilicher Manier der internationalen Welt. Aber auch hier sehen wir ein Stück weit einen Zusammenbruch dieses sogenannten „Bipartisanship“: Ende der 1960er Jahre, also im 91. Kongress, lag der Anteil von überparteilichen Abstimmungen in der Außen- und Sicherheitspolitik – also dort, wo Demokraten und Republikaner zusammen gestimmt haben – noch bei 84%. In der 114. Sitzungsperiode, also der letzten unter Obama, lag diese Quote nur noch bei 33%. Da erkennt man einen massiven Einbruch des „Bipartisanship“ in der Außen- und Sicherheitspolitik. Aber es gibt auch einzelne Fälle, bei denen „Bipartisanship“ tatsächlich vorhanden ist. Unter Trump sind das besonders interessante Fälle, weil sich nämlich dann das „Bipartisanship“, also die Kooperation unter Republikanern und Demokraten, gegen den Präsidenten richtet. Das war zum Beispiel der Fall bei der Sanktionspolitik gegen Russland zu Anfang seiner Präsidentschaft, als er versucht hat, die Sanktionen teilweise aufzuheben. Da hat sich der Kongress klar positioniert und dem Präsidenten Einhalt geboten. Ein anderes Beispiel, das weniger beachtet wurde, ist die internationale Entwicklungshilfe. Auch da hat Trump versucht, diese zu kürzen, stark einzustampfen – getreu dem „America-First“ Motto. Auch das hat der Kongress überparteilich verhindert. Aber das sind im Prinzip nur Einzelbeispiele und Einzelfälle. In anderen Bereichen sehen wir in den letzten Jahren eine starke ideologische Verhärtung, auch in Außen- und Sicherheitspolitikfragen, so etwa in der Rüstungskontrollpolitik: Das ist ein Bereich, der Anfang der 1990er Jahre noch stark überparteilich geprägt war und heute wieder stark polarisiert ist und wo sich die Gegenpole stärker auseinanderbewegt haben.

Anja Schüler: Wo wir schon über die Außenpolitik sprechen – zum Schluss noch eine letzte Frage. Falls die Präsidentschaft von Donald Trump endet – können wir dann unter einem Präsidenten Joe Biden auf eine Art „Revival“ des guten transatlantischen Verhältnisses hoffen?

Florian Böller: Zumindest, was Stil und Rhetorik betrifft und auch, was die Berechenbarkeit der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik angeht. Das ist ein Punkt, der Trump ja immer wieder vorgeworfen wird, meiner Meinung nach auch zu Recht. Es ist nämlich nicht klar, in welche Richtung die Außenpolitik tendiert, und es werden Aussagen getroffen, die wieder zurückgenommen werden. Diese Unberechenbarkeit, die würde möglicherweise unter einem Präsidenten Joe Biden abnehmen. Das würde sicherlich auch ein Stück weit die vorhandene Vertrauenskrise im transatlantischen Verhältnis verbessern. Aber es gibt inhaltliche Konflikte, die bleiben würden. Nehmen wir mal die Diskussion um das faire

„burden sharing“ innerhalb der NATO-Allianz. Das von Trump immer wieder kritisierte 2%-Ziel, das Deutschland nicht erreicht, würde sich unter Biden kaum ändern. Auch die Obamaadministration hatte Deutschland tatsächlich schon für zu geringe Rüstungsausgaben kritisiert; das würde unter Joe Biden möglicherweise im Ton konzilianter werden, aber in der Sache weiterhin als Problem verhaftet bleiben. Denn in Deutschland gibt es aufgrund der innenpolitischen Konstellation kaum Bewegungsspielraum. Ein anderes Beispiel wäre „Nord Stream 2“, das Pipeline-Projekt mit Russland. Auch das wird in den USA von allen Parteien kritisch gesehen. Das wäre ein weiterer Konfliktpunkt. Man darf aber auch nicht glauben, dass Joe Biden alles rückgängig machen könnte, was Donald Trump in der Außen- und Sicherheitspolitik verursacht hat. Teilweise hat Trump die Institutionen auf internationaler Ebene so stark beschädigt, dass ein Heilungsprozess nicht so einfach umzusetzen wäre. Ein Beispiel, das man nun zum Schluss noch einmal diskutieren könnte, ist die Rüstungskontrollpolitik. Hier hat Trump ja wichtige Verträge aufgekündigt wie den Vertrag über Mittelstreckenraketen in Europa – auch den INF-Vertrag oder den Open-Skies-Vertrag. Selbst wenn Biden diese beiden Schritte rückgängig machen wollte, würde er international erst mal verhandeln müssen. Und da sieht die Situation schon relativ schwierig aus, da die Vertragspartner das nicht unbedingt einfach so mitmachen würden. Ein anderer Aspekt an dieser Stelle – und dabei kommen wir wieder auf die Polarisierung: Der Präsident braucht eine Zweidrittel-Mehrheit im Senat und die wäre selbst in Bereichen der Rüstungskontrollpolitik äußerst fraglich. Obama hatte bei den letzten Verträgen in diesem Bereich Probleme, eine Mehrheit zu finden. Außenpolitik ist ein „Two-Level-Play“, also ein Spiel auf zwei Ebenen. Weil sich der Polarisierungstrend auch unter Biden fortsetzen würde, würde Bidens Handlungsspielraum auch in der Außen- und Sicherheitspolitik stark beschränkt. Er bräuchte häufig die Zustimmung des Kongresses, die von republikanischer Seite unter Umständen nicht gegeben wäre.

Anja Schüler: Die Polarisierung wird also nach den Wahlen sicherlich noch anhalten und eine Rückkehr zur alten Normalität verhindern. Ganz herzlichen Dank für das Gespräch und diesen Ausblick, Florian. Wir werden sehen, wie sich die gesellschaftliche und politische Polarisierung in den USA auf die Präsidentschaftswahlen und die Zeit danach auswirken wird. Wir werden bis zum November auf diese Fragen sicherlich auch in unserem Podcast wieder zurückkommen. Für heute verabschiede ich mich. Wenn Sie mögen, hören wir uns in zwei Wochen wieder. Dann spreche ich mit der Historikerin Britta Waldschmidt-Nelson von der Universität Augsburg über die Frage, ob sich in Folge der Corona-Epidemie eine neue

Bürgerrechtsbewegung in den USA formiert. Bis dahin – herzlichen Dank fürs Zuhören, und bleiben Sie gesund!